

Wahlkreis-Kandidaten auf den Zahn geföhlt

Fluglärm-Schutzverband möchte von Bewerbern konkrete Schritte für Verbesserung der Situation hören

Von Franz Eder

Freilassing. Wer am vergangenen Samstag nicht Reißaus nehmen und das recht schöne Wetter in und um Freilassing genießen wollte, merkte schnell: Am Salzburger Flughafen ist wieder Großkampftag. Quasi im Dreiminutentakt donnerte eine Maschine nach der nächsten über die Grenzstadt. Zuvor erwartet worden waren 183 Flugbewegungen; laut dem Freilassinger Dr. Kurt Liewehr, der auf die Flugspuren-Website verweist, waren es dann aber sogar 266. Insgesamt 127 Landungen und 42 Starts spielten sich dabei über den Köpfen der Freilassinger ab – inklusive entsprechender Belastung an Lärm, Abgasen und Feinstaub.

Seit Jahrzehnten setzt sich der Schutzverband Rupertiwinkel dafür ein, die Situation für die bayerische Bevölkerung zu verbessern und pocht auf eine fairere Verteilung der Flugrouten. Doch seit Jahrzehnten gibt es eine solche, wenn überhaupt, eher in homöopathischen Dosen – unabhängig davon, welche Parteien gerade in der Bundesrepublik regieren und welche Person gerade das Amt des Verkehrsministers bekleidet.

Am Sonntag sind auch die Bürger im Landkreis wieder dazu aufgerufen, mit ihren beiden Kreuzchen die Zusammensetzung des nächsten Deutschen Bundestags mitzubestimmen. Wie bei jeder wichtigen Wahl, wollte der Vorstand des „Verbands zum Schutze der Bevölkerung des Rupertiwinkels gegen die Gefahren des Flughafenbetriebes Salzburg“, den Direktkandidaten in Sachen „Fluglärm“ auf den Zahn föhlen. Denn, um seine Ziele zu erreichen, brauche der Schutzverband die Unterstützung „aller politisch Verantwortlichen und insbesondere unserer Vertreterinnen und Vertreter in Berlin“, heißt es in einer Pressemitteilung.

Seit 2017, also seit acht Jahren, lägen die Ergebnisse des technischen Ausschusses vor, der erste Schritte aufgezeigt habe, um die Anzahl der Flugbewegungen über deutschem Hoheitsgebiet „signifikant“ zu reduzieren. „Seitdem ist nichts passiert.“ Dieser sei damals geglaubt worden, weil es nach dem Staatsvertrag zu „Meinungsverschiedenheiten“ gekommen war und das deutsche Verkehrsministerium konkrete Maßnahmen forderte. „Leider hat uns die Republik Österreich immer weiter hingehalten und die Forderungen aus Deutschland wurden nicht nachhaltig bis zu einem Ergebnis verfolgt“, bedauert der Vorstand.

Die Schutzverbands-Vorsitzende Bettina Oestreich schickte daher in den vergangenen Wochen folgende Frage an die Kandidaten: „Welche 2-3 Schritte würden Sie konkret in der nächsten Legislaturperiode als Bundestagsabgeordneter einleiten, um die Bevölkerung in Ihrem Wahlkreis nachhaltig vor den Doppelbelastungen



Am Salzburger Flughafen war am vergangenen Samstag wieder Großkampftag. 183 Flugbewegungen waren zuvor erwartet worden, am Ende waren es dann aber sogar 266. 127 Landungen und 42 Starts spielten sich dabei über den Köpfen der Freilassinger ab. – Foto: FMT-Pictures

und Gefahren des Flughafen Salzburg für die Zukunft zu schützen?“

Die schriftlichen Antworten der Bewerber sollen hier in Auszügen und in der Reihenfolge ihres Eingangs abgebildet werden:

► **Rudolf Kreuzeder**, der für die Linke ins Rennen geht, betonte, als Freilassinger um das „Problem“ und die Arbeit des Schutzverbands zu wissen, da er diese ja selbst „hautnah“ erlebe. Dass eine Verbesserung im Hinblick auf die Entlastung der Bevölkerung „notwendig ist, da sind wir uns einig. Wie das am besten zu geschehen hat nach einem eventuellen Wahlerfolg, ist zum jetzigen Zeitpunkt natürlich schwer abzuschätzen.“ Denn diese hänge stark an der künftigen Besetzung des Bundesverkehrsministeriums und des Verkehrsausschusses des Bundestags. „Ich versichere Ihnen aber, dass ich mit der notwendigen Hartnäckigkeit dieses Freilassinger Herzens-Thema in Berlin vorantreiben werde“, verweist er auf das zur Verfügung stehende Instrument der Anfragen an die Bundesregierung, persönliche Gespräche und die allgemeinen Positionen der Linken, die mehr Menschen von Auto und Flugzeug auf die Schienen bringen wollen.

► **Christoph Birghan** von der AfD stellt zunächst heraus, dass der Flughafen Salzburg „von großer Bedeutung für Wirtschaft, Infrastruktur und Tourismus“ sei – und zwar nicht nur für Österreich, sondern auch für das Berchtesgadener Land und den Chiemgau. Jedoch stelle der Fluglärm „vor allem in den Gemeinden Freilassing, Ainingr, Piding und Teisendorf“ eine „erhebliche Belastung“ für die Bürger dar. Deshalb wolle er sich dafür einsetzen, dass die bereits geltenden Lärmschutzmaßnahmen angewandt werden. Dazu gehöre insbesondere die Begrenzung der Flugbewegungen in den Abend- und Nachtstunden sowie eine Anpassung der Flug-

routen. „Zudem ist zu überlegen, ob Starts weniger über deutschem und vermehrt über österreichischem Gebiet erfolgen können.“ Da der Flugverkehr deutsches Hoheitsgebiet betreffe, nennt der AfD-Mann eine „Neugestaltung der bestehenden Luftverkehrsabkommen zwischen Deutschland und Österreich“ als weiteren Ansatz. So solle der 58 Jahre alte Staatsvertrag „mit Blick auf die heutigen Bedingungen überprüft und ggf. angepasst werden.“

► **Bärbel Kofler** (SPD), die einzige amtierende Abgeordnete unter den Kandidaten, meint: „Die Existenz des Flughafens Salzburg als wichtiger Verkehrsknotenpunkt in unserer südbayerischen Grenzregion steht für mich nicht in Frage.“ Aus ihrer Sicht gelte es, einen „für alle Beteiligten tragbaren Betrieb“ des Flughafens zu ermöglichen. „Der Schutz der Bevölkerung liegt mir am Herzen.“ Dazu brauche es Flugrouten im Rahmen der technischen Möglichkeiten, die sowohl der Sicherheit der Anwohner als auch der Fluggäste Rechnung tragen. „Die Belastungen müssen so gering wie möglich sein. Ich werde deshalb auch weiter auf einen grenzüberschreitenden Dialog aller Beteiligten setzen.“ Im Interesse der Bevölkerung am Boden und der Fluggäste sei ihr außerdem wichtig, dass die Sicherheit der Starts und Landungen „zu keinem Zeitpunkt gefährdet“ sein dürfe. „Ich habe insofern Verständnis dafür, dass die Piloten entscheiden müssen, welche Flugroute sie aus Sicherheitsgründen wählen.“

► **Hans Jürgen Reiner** von den Freien Wählern betont, die Bemühungen des Schutzverbandes zur Reduzierung bzw. gerechten Verteilung des Fluglärms „vorbehaltlich und vollumfänglich“ zu unterstützen. Als konkrete Maßnahmen, um die Ziele voranzutreiben, nennt er, eine „zeitnahe Überprüfung auf Einhaltung des Staatsvertrages durch den Bund“. Bei Ab-

weichungen von diesem sollten die Vertragspartner „unverzüglich“ Gespräche aufnehmen, „mit dem Ziel, die Einhaltung des Vertrages schnellstmöglich zu erreichen.“ Dies gelte auch für die Einhaltung „der vereinbarten 50/50 Lastverteilung“, soweit hiervon „durch Witterung oder andere Erfordernisse nicht zwingend abgewichen werden muss.“ Weiters schwebte ihm vor, die Durchführungsverordnung zum Staatsvertrag anhand von neuesten Erkenntnissen zu prüfen und zu überarbeiten. Sollten die gegensätzlichen Standpunkte unüberbrückbar sein, sollte zehntausend das Schiedsgericht angerufen und dabei die Fluglärmkommission mitbezogen werden.

► **Ulrike Schwelger** (Grüne) betont, als Freilassingerin ebenfalls „direkt von den Auswirkungen des Fluglärms betroffen“ zu sein, weshalb sie die „Sorgen vieler Menschen in unserer Region“ teile. Im Bundestag würde sie sich dafür einsetzen, den unnötigen Flugverkehr – also die „Spaßflieger“ – zu reduzieren. Dies wäre aus ihrer Sicht durch strengere Regulierungen im Bereich der Privat- und Freizeittiegerei und mit höheren Gebühren und restriktiveren Start- und Landzeiten für nicht notwendige Flüge möglich. Und: „Falls das Heizkraftwerk Kaindl gebaut wird, werde ich mich dafür einsetzen, dass die neuen Flugrouten nicht einfach auf Kosten der ohnehin stark betroffenen Gemeinden wie Freilassing geändert werden.“ Zudem brauche es aus ihrer Sicht „bessere länderübergreifende Zusammenarbeit und Mitsprachemöglichkeiten“ für die bayerische Seite. Dabei baue sie auf die Unterstützung des künftigen Verkehrsministers. „Notfalls muss auf dieser Ebene geklagt werden.“ Zudem sollte durch eine Förderung klimafreundlicher Alternativen der Flugverkehr reduziert werden.

► **Helmut Kauer** verweist darauf, dass die ÖDP „den Flugverkehr aus Klimaschutzgründen massiv mindern“ wolle. So sollten Flüge unter 1000 Kilometern verboten werden und es sollte keine Subventionen mehr für Flughäfen geben. Dies sei eine der Forderungen, auch auf EU-Ebene. „Damit würde wohl auch der Flugverkehr über den Flughafen Salzburg minimiert und somit die Anflüge über bayerisches Gebiet zurückgehen“, meint Kauer. Und: „Unser hiesiger Kommunalpolitiker sollten darauf achten, dass der Flughafen Salzburg nicht mehr im Rahmen des hiesigen Tourismus beworben wird.“

► **CSU-Mann Siegfried Walch** betont, dass „wohl niemand“ bestreite, dass der Airport „für die Region ein wichtiger Standortfaktor“ sei. „Gleichzeitig ist klar: Nach Jahrzehnten des Streits muss es um konkrete Lösungen gehen.“ Dabei gelte es, einen Konsens für eine „gerechtere Verteilung“ zu finden. „Hauptpunkt ist dabei, mehr Flüge über den Süden abzuwickeln, wie es gerade bei den Wintersonntagen bereits erfolgt.“ Zu dieser An- und Abflugroute seien bereits schlüssige Pistenutzungskonzepte entwickelt worden. Hier müssten Freistaat und Bund auf die österreichische Seite zugehen, um die bereits erarbeiteten Maßnahmen in die Praxis umzusetzen. „Auch bei den Überschreitungen der Betriebszeiten muss man genau hinschauen.“ Für diese gebe es bereits eine Regelung im Staatsvertrag. „Wenn einzelne Fluglinien – die zudem noch von innerdeutschen Flughäfen starten – regelmäßig zu Überschreitungen führen, dann muss man gegensteuern.“ Abschließend bietet Walch dem Schutzverband an, „eine echte Partnerschaft zu bilden, um in dieser Sache weiterzukommen.“

► Die Stellungnahmen der Kandidaten sind im Original unter www.fluglaermschutz.de/aktuelles/bundestagswahl-2025/einsehen.